

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln
Ratsgruppe GUT

An die Vorsitzende des Rates

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 06.02.2020

AN/0223/2020

Dringlichkeitsantrag gem. § 12 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	06.02.2020

Umgang mit rechtsextremen Parteien im Kölner Rat

Die Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten durch die FDP und CDU-Fraktion mit den Stimmen der dortigen AfD-Fraktion – noch dazu unter Führung des Faschisten Björn Höcke – ist eine Zäsur im politischen Umgang mit Rechtspopulisten und –radikalen in der Bundesrepublik. Hier sind von demokratischen Parteien sehenden Auges die Schutzwälle gegen Rechtsradikalismus im parlamentarischen Kontext niedergerissen worden. Bis zu diesem Zeitpunkt bestand auf allen Ebenen Konsens darüber, dass mit den Stimmen von Anti-Demokraten kein (vermeintlich) politischer Vorteil gezogen werden darf.

Auch der Kölner Stadtrat hat am 01.07.2014 ausdrücklich gegen jede Zusammenarbeit und gegen jegliche Normalität im Umgang mit Rechtsextremen ausgesprochen. Die unverzeihlichen Vorgänge in Thüringen zeigen aber deutlich, dass die demokratischen Kräfte gut daran tun stets wachsam zu bleiben und gemeinsam Garant dafür zu sein, Rechtsradikalen keinen Raum, kein Gehör und vor allen Dingen keine Macht kampflos zuzugestehen.

Aus aktuellem Anlass bekräftigt der Rat der Stadt Köln bekräftigt deshalb seinen Beschluss vom 01.07.2014:

Beschluss:

1. Köln ist eine weltoffene, vielfältige und tolerante Stadt. Menschen vieler Nationalitäten, Kulturen, Religionen und sexueller Identität sind hier zu Hause. Humanität und Solidarität in unserer Demokratie sind Grundwerte, die die Grundlage unseres kommunalen Zusammenlebens und Handelns sind. Daher gilt es eindeutig Position zu beziehen gegenüber allen nationalistischen, rassistischen, diskriminierenden und fremdenfeindlichen Ideologien und Aktivitä-

ten. Rechtsextreme Parolen und Positionen dürfen in Gremien des Rates und den Bezirksvertretungen kein Gehör finden.

2. Der Kölner Rat spricht sich ausdrücklich dagegen aus, rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppierungen und Parteien ein Podium für ihre Inszenierungen zu geben. Es darf mit Vertreterinnen und Vertretern von diskriminierenden und menschenverachtenden Positionen keine Diskussion geführt werden. Der Rat wendet sich gegen jegliche Normalität im Umgang mit Rechtsextremen.
3. Der Rat lehnt daher jeden Antrag rechtsextremer und rechtspopulistischer Gruppierungen in seinen Gremien ab. Mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Stimmen darf weder eine Personalentscheidung noch jegliche inhaltliche Forderung durchgesetzt werden. Rechtsextreme streben nach öffentlicher Aufmerksamkeit und politischem Einfluss. Besonders in der Rolle des „Züngleins an der Waage“ sehen sie die Chance, sich zu profilieren. Kurzfristige politische Erfolge dürfen deshalb nicht damit erkaufte werden, dass die Feinde der Demokratie salonfähig gemacht werden. Es besteht Konsens darüber, dass dieses gemeinsame politische Grundverständnis und dieses gemeinsame Vorgehen im Umgang mit Rechtsextremen und Rechtspopulisten die Basis für eine gemeinsame politische Kultur ist.

Begründung der Dringlichkeit:

Erfolgt mündlich in der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

gez.
Thor Zimmermann
Sprecher Ratsgruppe GUT